

GASTKOMMENTAR

Fanatismus vor unserer Haustür



ANNE-MARIE SLAUGHTER

In europäischen Ländern und amerikanischen Bundesstaaten wird über die Gefahr diskutiert, dass sich Mitglieder oder Sympathisanten der Terrororganisation al-Qaida oder des IS mit ihren Familien einschleichen könnten, wenn weitere Flüchtlinge aus Syrien oder auch anderen Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung aufgenommen werden. Diese Diskussion geht an der Realität vorbei. Es gibt bislang keine Beweise, dass einer der Attentäter von Paris tatsächlich als Flüchtling aus Syrien gekommen ist. Der syrische Pass, der neben der Leiche eines der Attentäter gefunden wurde, scheint gestohlen worden zu sein. Die Attentäter, die von der Polizei identifiziert wurden, sind in Belgien oder Frankreich aufgewachsen. Sie waren keine Flüchtlinge aus dem Ausland, sondern radikalisierte Einwohner.

Zugleich wissen wir viel mehr über radikalisierte Einwohner westlicher Länder, die für den IS kämpfen, als aus den meisten Medienberichten hervorgeht. Die von mir geleitete Denkfabrik New America Foundation hat eine Datenbank mit 466 Personen aus 25 westlichen Ländern zusammengestellt, die ihre Heimatländer verlassen haben, um nach Syrien zu gehen. Jüngst haben die Forscher Peter Bergen, Courtney Schuster und David Serman ihren Bericht „Der IS im Westen: Die neuen Gesichter des Extremismus“ veröffentlicht, in dem ein klares Profil vieler dieser Personen deutlich wird.

Vielleicht am wichtigsten dabei ist, dass sie größtenteils über familiäre Beziehungen mit anderen Dschihadisten verbunden sind. Aktuelle Berichte über den Brüsseler Stadtteil Molenbeek als wichtigen Nährboden für Anhänger des IS und von al-Qaida lassen darauf schließen, dass neben familiären Beziehungen auch Verbindungen in der Gemeinde wichtig sind. Moscheen in sozialen Brennpunkten stehen schon lange im Blickfeld von Wissenschaftlern, die sich mit der Erforschung des Terrorismus befassen, und von Polizeikräften, die sich der Terrorbekämpfung widmen.

Eine Kartografierung dieser Familien, Moscheen und Vororte bringt Netzwerke zum Vorschein, die genauso aussehen wie grafische Darstellungen der Verbreitungswege von Krankheitserregern. Die Nutzung von Verfahren aus der Epidemiologie hat sich im amerikanischen Kontext bereits bewährt. So arbeitet etwa die Organisation Cure Violence mit städtischen Gangs und behandelt Gewalt „wie eine Epidemie“, die sie verhindert, indem sie sie „an ihrem Ursprung aufhält“. Die ideologische Quelle des dschihadistischen motivierten Terrorismus mag sich letztlich in Syrien, im Irak, in Afghanistan oder Mali befinden, doch der Ursprung des Fußvolks im Westen sind Gemeinden, in denen radikal entfremdete Jugendliche leben.

In einer verängstigten Bevölkerung kann nur allzu leicht die Vorstellung von radikalen Flüchtlingen aufkommen, die mit dem Vorsatz ins Land kommen, Chaos anzurichten. Die Realitäten sowohl von Flüchtlingen als auch von Terroristen sind erheblich komplexer. Wenn wir uns die Zeit nehmen, in beiden Fällen die Tatsachen zu untersuchen, können sich daraus glücklicherweise zukunftsträchtige neue Wege für längerfristige Lösungen ergeben, die für ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Menschlichkeit sorgen.

Die Autorin ist Präsidentin und CEO der New America Foundation. Zuletzt erschien von ihr „Unfinished Business: Women Men Work Family“. © Project Syndicate, 2015 (Aus dem Engl. von Sandra Pontow)



DPA/MOHAMED SABER

1



REUTERS/WONG CAMPION

2

BILDER

Unter Gleichgesinnten. 1 Nach heftigen Regenfällen zeichnet sich am Himmel über Gaza Stadt ein Regenbogen ab. Mädchen im Hafen von Gaza halten den Farbenzauber auf einem Selfie fest. 2 Wie Gläubige einer Sekte sehen diese ganz in Rot gekleideten Jugendlichen aus. Einer wird von einem Lichtstrahl erleuchtet. Dabei sitzen sie alle auf Hometrains und strampeln werbewirksam, um ihre Mitbürger zu mehr Bewegung zu animieren. 3 Gut, wenn es der Autofahrer im bayrischen Bad Kötzing nicht eilig hat. Eine Schafherde wechselt gerade den Weideplatz. Das kann dauern. RHA



DPA/ARMIN WEGEL

3

ESSAY

Die Ukraine wird es schaffen

Kürzlich hielt der Autor dieses Artikels für Offiziere und Soldaten der Bundeswehr einen Vortrag über die Ukraine-Krise. Nach der Veranstaltung gab es das obligatorische Bier. Da ging auf den Gastredner ein Oberst zu. Er fragte direkt, weil er nun auf die unteren Chargen keine Rücksicht nehmen musste: „Warum geben die Ukrainer den Russen die Krim und diese ... diese anderen Gebiete dort nicht ab, um Ruhe zu bekommen?“ Damit brachte er eine Haltung zum Ausdruck, die unter Politikern bzw. politisch denkenden Menschen in Deutschland sehr verbreitet ist. Man soll diese Einstellung durchaus „zynisch“ nennen, wenngleich es hier nicht darum geht, den politischen Zynismus zu verdammen.

Die Frage des Obersten basierte darüber hinaus auf einer ähnlich weitverbreiteten Wahrnehmung Russlands: Der Kreml sei eben ein solch wichtiger Player, dass er sich von den vermeintlich Schwächeren, d. h. den Ukrainern, Georgiern, Tschechen und wie sie sonst noch alle „im Osten“ heißen mögen, nehmen könne, was er wolle. Schließlich war der Oberst insofern für die in Deutschland verbreitete Haltung gegenüber dem russisch-ukrainischen Problem repräsentativ, als er dessen schnelle Lösung „herbeiführen“ wollte, um möglichst sofort zum einträglichen business as usual zurückkommen zu können.

Diese Haltung ist politisch defätistisch, und sie zeugt vom Unwissen darüber, worum es in der Ukraine-Krise geht. In Wirklichkeit lässt sich diese Krise nicht am Verhandlungstisch lösen, wenngleich mithilfe der Diplomatie Demarkationslinien festgelegt und zeitweilig sogar Waffen zur Ruhe gebracht werden können. Denn der ihr zugrunde liegende Konflikt dreht sich nicht um strittige Territorien. Es geht um etwas ungleich Wichtigeres: um die Entscheidung, ob die Ukraine als souveräner oder Russland als imperialer Staat existieren kann. Beides gleichzeitig geht nicht.

Die Ukraine braucht die ihr im Jahre 1991 durch den Zerfall der Sowjetunion geschenkte Souveränität, um ihr verrottetes gesellschaftlich-politisches System zu reformieren und irgendwann der EU

Warum das Land gute Chancen hat, aus dem Konflikt mit Russland als Sieger hervorzugehen

JERZY MACKOW



beizutreten. Im Konflikt mit Russland würde sie wahrscheinlich Gebietsverluste akzeptieren, wenn auf der Krim und im Donbass ein völkerrechtlich einwandfreies Referendum es so ergeben würde. Der Kreml ist dagegen daran interessiert, dass sich die Ukraine aus der politischen und kulturellen Einflusszone des seit dem Zerfall der Sowjetunion sterbenden russischen Imperiums weder durch Systemreformen noch durch den – fernem – EU-Beitritt wegbewegt. Er will dabei jedoch die von ihm selbst installierten und durch seinen Krieg ruinierten, kleinen separatistischen „Volksrepubliken“ an sein eigenes Staatsterritorium nicht anschließen. Die Krim ist ihm teuer genug.

Wie wichtig die Ukraine für Russland ist, davon zeugt die Tatsache, dass Putin ihrerwegen eine globale Krise entfachte. Mit seinem tückischen Angriff auf das westliche Nachbarland hat er das Engagement der USA, der EU wie im geringeren Maß auch Kanadas und Australiens provoziert. Er wusste, dass diese westlichen Akteure nicht über Soldaten, Waffen und den Willen verfügen, für die territoriale Integrität der Ukraine zu kämpfen. Dem Westen bleiben nur Wirtschaftssanktionen als sein wichtigstes, aber nur langfristig wirksames Machtmittel. Immerhin verfügt er über wirtschaftliche und militärische Ressourcen, die ausreichend sein dürften, um auf die Ukraine Reformdruck auszuüben bzw. ihr im Verteidigungskampf zu helfen.

Selbstverständlich muss sich der russische Präsident Gedanken über die Folgen seiner Aggression für die EU gemacht haben: Der von ihm zumindest in Kauf genommene Zerfall der Ukraine würde die Union vor schier unlösbare Probleme stellen. Es ist sehr zweifelhaft, dass die Union die dann notwendigen militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen sowie das entsprechende Know-how herbeizubereiten könnte, zumal sie heute mit der weitaus leichteren Aufgabe, dem zwar schwachen und korrupten, aber dennoch nicht zerfallenden ukrainischen Staat unter die Arme zu greifen, sichtbar überfordert ist. Ganz beiläufig zeigt dieser Konflikt – wieder – die strukturelle Schwäche der Europäischen Union, die auf unerwartete Herausforderungen nicht angemessen reagieren kann, weil ihr die

politische Souveränität und deren Attribute fehlen (in diesem Fall ein Außenministerium, ein Verteidigungsetat und eine Armee).

Und dennoch ist die wichtigste Dimension der Ukraine-Krise die bilaterale. Der Kreml hat den Konflikt entfacht, um sein autoritäres Regime und sein morsches Imperium vor der sich dem Westen zuwendenden Ukraine zu schützen. Er baut dabei propagandistisch massiv auf der russischen nationalen Identität auf, deren zentraler Bestandteil leider Gottes immer noch die irrsinnig realitätsferne Überzeugung ist, die Ukrainer seien eine Art Klon der Russen. Aber die dauernde, auch bewaffnete Abwehr des russischen Angriffs durch die oft russischsprachigen Ukrainer untergräbt diese Identität.

Fällt der ukrainische Staat in den kommenden Jahren nicht auseinander, dann wird er aus der Krise gefestigt hervorgehen, weil er sie nur mit gelungenen Systemreformen meistern kann. Dagegen wird Russland, das von Putin ganz beiläufig ökonomisch ruiniert sein wird, in eine tiefe Identitätskrise stürzen. Wer würde angesichts dessen darauf setzen, dass die heute von Russland besetzten ukrainischen Gebiete bei Russland bleiben werden? Eher sind das Ende des imperialen und die schwierige Geburt des besseren, nationalstaatlichen Russlands zu erwarten. Die EU-Europäer haben heute die historische Chance, Geburtshelfer des besseren Russlands zu sein. Sie brauchen dafür bloß konsequent für ihre eigenen Prinzipien einzustehen, indem sie der Ukraine beim Kampf um den Erhalt ihrer territorialen Integrität überall dort helfen, wo dies möglich ist.

Der eingangs zitierte Vorschlag des Obersten wurde übrigens gemacht, nachdem der Gastredner diese Zusammenhänge genau erklärt hatte. Das im russisch-ukrainischen Konflikt dramatisch gespaltene Deutschland tut sich unglaublich schwer, die richtige Position zu beziehen. „Die Krim und diese ... diese anderen Gebiete dort“ gehören trotzdem zur Ukraine.

Der Autor ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa) an der Universität Regensburg.

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 †)
Herausgeber Stefan Aust
Chefredakteur: Jan-Eric Peters
Stellvertreter des Chefredakteurs:
Dr. Ulf Poschardt, Arne Teetz
Stellvertretende Chefredakteure:
Beat Balzli, Oliver Michalsky

Geschäftsführender Redakteur: Dr. Marius Schneider
Chefredakteur: Jörg Eigendorf
Chefkomentatoren: Torsten Krauel,
Dr. Jacques Schuster
Leitender Redakteur: Matthias Leonhard, Stv. Henning
Kruse; Christian Gaertner, Philip Jürgens, Lars Winckler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artdirektion: Juliane Schwarzenberg

Politik: Marcus Heithecker, Lars Schroeder, Stv. Karsten
Kammholz, Claus Christian Malzahn Außen-
politik: Dr. Sascha Lehnartz, Stv. Dietrich Alexander
Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich
Wirtschaft/Finanzen: Thomas Exner, Olaf Gers-
mann, Stv. Jan Dams, Dietmar Deffner, Michael Fabri-
cius Digital Storytelling: Jennifer Wilton Kultur:
Andreas Rosenfelder, Stv. Elmar Krekel, Lucas Wie-

gelmann Stil: Adriano Sack, Stv. Annemarie Ball-
schmiter, Inga Griese (Senior Editor) Literarische
Welt: Richard Kämmerlings Sport: Stefan From-
mann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker Zeitler
Reportagen/Panorama: Wolfgang Scheida, Heike
Vowinkel Wissen: Dr. Norbert Lossau, Stv. Dr. Pia
Heinemann Reise: Sönke Krüger, Stv. Kira Hanser
Motor: Dr. Ulf Poschardt (komm.)

CvD Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg For-
sbriech Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
Social Media: Martin Hoffmann Video: Martin Heller
Chefredaktion Wirtschaftspolitik: Dr. Doro-
thea Siems Korrespondenten Politik/Gesellschaft:
Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger Korrespondent

Kultur/Gesellschaft: Eckhard Fuhr Leitender Redakteur
Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff Ständige Mitarbeit:
Prof. Michael Stürmer, Lord Georg Weidenfeld
Autoren: Henryk M. Broder, Wolfgang Blischer, Dr. Susan-
ne Gaschke, Matthias Matussek, Alan Posener, Benjamin
von Stuckrad-Barre, Hans Zipper
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Christoph
Schiltz, Andre Tauber Budapest: Boris Kalnoky Istanbul:

Deniz Yücel Jerusalem: Gil Yaron Kapstadt: Christian Putsch
London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger, Nina Trentmann
Madrid: Ute Müller Mailand: Tobias Bayer Marrakesch:
Alfred Hackensberger Moskau: Julia Smirnova New York: Ti-
na Kaiser, Michael Remke, Hannes Stein Paris: Martina Meis-
ter Peking: Johnny Erling Prag: Hans-Jörg Schmidt Singapur:
Sophie Mühlmann Warschau: Dr. Gerhard Gnauk Washing-
ton: Ansgar Graw, Stephan Strothe, Clemens Wergin